Müshasi 5 Kuruştur

ABONE

Dahil için: Aylık 1 75, 3 aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.

Hariç için: Aylık 5, 3 aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre.)

ILANAT

Sahifede santimetresi 100 Kuruş
75
50
30

Idarehane: Tekke Cadesi No. 585ve 587

Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu: Galata 269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd. 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8.50 T. Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13.- R.-Mark, 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch.

(INLANDSPREISE)

Geschäftsleitung: Tekke-Strasse Nr. 585-587
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 209 u. 210
Postfach: Galata 269.

5 Jahrgang Nr. 130

Tageszeitung für den Nahen Osten

Stambul, Dienstag, 13. Mai 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

SERVİS

Vom Tage.

Vor einigen Tagen ist endlich, nach einem unblutigenKriegszustand,der fast zehn Jahre währte, die bisher hermetrisch verschlossene Grenze zwischen Polen und Litauen geöffnet und der Post- und Eisenbahnverkehr zwischen den beiden benachbarten Republiken wieder aufgenommen worden. Mit diesem Akte der Versöhnung ist die vorletzte Barriere gefallen, die die Welt noch an den Krieg und die Feindseligkeiten zwischen einzelnen Völkern erinnert hat. Der Streit zwischen Polen und Litauen ging um den Besitz Wilnas, der einstigen historischen Hauptstadt des Königreichs Litauen, die seit der Erhebung der Jagellonen auf den polnischen Thron und der Vereinigung der beiden Königreiche im Laufe der Jahrhunderte fast vollständig polonisiert und zu einer Heimstätte polnischer Kunst und Literatur geworden ist.BeideTeile, sowohl Polen wie auch Litauen, erhoben Anspruch auf den Besitz dieser schönen Stadt und ihres reichen und fruchtbaren Bezirkes, und unglücklicherweise konnten sich beide auf gleich starke völkerrechtliche Grundlagen stützen. die Curzonlinie, die unmittelbar nach dem Kriege im Dezember 1918, Polens Ost- und Nordgrenzen interimistisch bestimmte, ging südöstlich von Wilna und überließ den Besitz der Stadt den Litauern. Die Polen respektierten damals die Entscheidung der Großmächte nicht und haben die Stadt im Frühling 1919 besetzt. Doch kam die Stadt nach dem russisch - polnischen Krieg, in dem die Polen Wilna räumen mußten, wieder in litauische Hände und sollte auch in ihrem Besitze verbleiben, doch einen Tag, bevor die in der russisch-polnischen Waffenstillstandsbedingungen bestimmte Demarkationslinie in Geltung getreten wäre, wurde die Stadt von polnischen Truppen unter der Führung des Generals Zeligowski wieder besetzt. Aus diesem Handstreich entstanden in späterer Folge die Reibungen und Streitigkeiten, die den Großmächten und dem Völkerbunde so viele Sorgen und Plakkereien bereiteten.Nach dreiJahren fortgesetzter Verhandlungen sprach die Botschafterkonferenz Wilna engültig den Polen zu, und obwohl auch die Vereinigten Staaten diesen „de facto"-Zustand anerkannt haben, weigerten sich die Litauer hartnäckig, diesem Zustand durch ihre Zustimmung völkerrechtliche Geltung zu verleihen.

Ein verbissener Kampf begann nun zwischen Polen und Litauern, von Jahr zu Jahr erschienen die Litauer in Genf vor dem Völkerbunde, um ihr Leid zu klagen und Hilfe gegen angebliche polnische Gewaltätigkeiten und Grenzverletzungen zu verlangen; der litauische Diktator Woldemaras stellte durch seine endlosen und eintönigen Reden die Nerven und die Geduld des Genfer Rates auf harte Proben; wie ein moderner politischer Don Quixote focht er hartnäckig für die vermeintlichen Rechte seines Vaterlandes, und während dieser ganzen Zeit waren die Grenzen, die beide Länder voneinander scheiden, hermetisch verschlossen und militärisch besetzt, zu einem nicht geringen Schaden der europäischen, besonders der polnischen und der deutschen Wirtschaft. In dramatische Höhe schwang sich dieser Streit in dieser historischen Sitzung des Völkerbundsrates, an der Marschall Pilsudski persönlich teilnahm und mit seiner Stentorstimme die Frage an Woldemaras schleuderte: „Was wollen Sie: Krieg oder Frieden?" Woldemaras antwortete ziemlich kleinlaut: „Den Frieden!", und allmählich kamen unter dem starken Druck der Großmächte die Friedensverhandlungen in Fluß, die im Vorjahre zum Königsberger Vertrag und nun tatsächlich zur Wiederherstellung des friedlichen Verkehrs geführt haben.

Im Zeichen derAbrüstung zur See!

Tokio, 12. Mai (A.A.)

Im Hafen Jokosuka wurde heute ein neuer Kreuzer von 10.000 t für die japanische Kriegsmarine unter großen Feierlichkeiten vom Stapel gelassen.

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 51.— Piaster.

Der Kirchenstreit in Malta.
Ernste Zuspitzung.

London, im Mai.

Seit mehreren Monaten herrscht in der britischen Kronkolonie Unfriede. Ein heftiger Streit ist zwischen der Kurie und der Zivilverwaltung ausgebrochen, dessen Ausgang nicht abzusehen ist, da sich die lokale Regierung Maltas wenig geneigt zeigt, den Forderungen der Bischöfe nachzugeben. Diplomatische Schritte aber, die zur Beilegung des Konfliktes über London beim Vatikan unternommen wurden, waren von keinem Erfolg begleitet. Täglich spitzen sich die Verhältnisse zu. Der Unterrichtsminister Maltas Sir A. Bartolo wurde kürzlich, als er in Victoria auf der Insel Gozo eine Messe hören wollte, von einem Priester öffentlich geschmäht. Der Priester fragte ihn u. a., wie er, ein Feind des Papstes, es wagen dürfe, eine Kirche zu betreten. Er und mit ihm die Gläubiger würden für den Heiligen Vater leben und sterben. Die aufgeregte Menge drang auf den Minister ein, um ihn zu misshandeln, und nur mit Mühe gelang es der Polizei, Sir A. Bartolo in Sicherheit zu bringen. Hinsichtlich der zugespitzten Lage hat der Gouverneur Maltas, Sir John du Cane, den PrivyCouncil (Staatsrat) einberufen, der seit sechs Jahren nicht mehr in Tätigkeit getreten war, und der nur bei ganz besonders wichtigenStaatsangelegenheiten, die das britische Imperium oder die Ordnung in der Kolonie angehen, zusammentritt. Der Staatsrat setzt sich aus 12 Mitgliedern, eingerechnet die Minister, zusammen. Der Gouverneur führte aus, dass es unmöglich sei, eine verfassungsmässige Regierung in Malta zu haben, oder für Gesetzlichkeit und Ordnung einzustehen, wenn man dem Vatikan die Freiheit zugestände, sich in die polizeiliche Verwaltung dieses für das britische Reich so wichtigen Aussenpostens einzumischen. Die katholische Kirche habe nicht das Recht, den Bürgern eine politische Meinung vorzuschreiben. Der Staatsrat tagte bis weit über Mitternacht. Ueber die Entscheidungen sind der Oeffentlichkeit keine Mitteilungen gemacht worden, aber man nimmt an, dass sich der Staatsrat mit der Politik des Gouverneurs einverstanden erklärt hat. Hingegen veröffentlicht die Regierung Maltas die Denkschriften und die Korrespondenzen, die zwischen dem Ministerpräsidenten Lord Strickland und der britischen Regierung in der Angelegenheit des Kirchenstreits gewechselt worden sind. Man ersieht daraus, dass die britische Regierung im Februar dieses Jahres mit dem Vatikan über ein Konkordat bezüglich Maltas verhandelt hat. Aber schon im April konnte der Gouverneur seinen Ministern mitteilen, dass die Verhandlungen in Rom gescheitert waren. Der Heilige Stuhl weigere sich weiter zu verhandeln, solange Lord Strickland im Amte verbleibe. Die britische Regierung habe darauf die Verhandlungen abgebrochen, habe nur den Vatikan ersucht, die Bischöfe anzuweisen, sich nicht in die Politik des Landes einzumischen, namentlich seien Wahlbeeinflussungen unzulässig. Die Bischöfe nun oder wenigstens der Bischof von Gozo haben aber den Wählern untersagt, ihre Stimme für die sogenannte verfassungsmässige Regierungspartei abzugeben. In beiden Lagern herrscht deshalb eine unbeschreibliche Erregung und der Gouverneur spricht deshalb seine Befürchtungen aus, dass die bald bevorstehenden Wahlen ein sehr unerfreuliches Bild der Unordnung und des Parteihasses bieten würden.

Malta wurde 1800 von den Engländern erobert, wurde aber erst 1814 nach dem Frieden von Paris englische Kronkolonie. Die Amtssprache ist englisch, die Schulsprache italienisch, die Umgangssprache aber ein mit Arabisch gemischtes Italienisch. Die Insel hat etwa 250 000 Einwohner, davon in der Hauptstadt La Valetta 50 000.

Die Erdbeben am Urmia-See.

Teheran, 12. Mai (A.A.)

Entgegen dem amtlichen Dementi wird neuerdings wieder behauptet, daß bei dem schweren Erdbeben in Salmas im Seegebiet von Urmia 3.000 Menschen ums Leben gekommen sind. Zwischen Salmas und Urmia soll sich ein meilenlanger breiterErdspalt geöffnet haben.

Die Unruhen in Indien.

London, 12. Mai

Abhar Tyabdschi, der Nachfolger Ghandis kündigt an, daß er die Absicht habe, sich des Salzdepots von Dharasama zu bemächtigen. Aus Rangoon wird gemeldet, daß dort als Protest gegen die Verhaftung Ghandis einStreik von mehreren Tausend Hafenarbeitern ausgebrochen sei.

London, 12. Mai

Der frühere Sprecher der gesetzgebenden Versammlung Patel, erklärte, daß der gesellschaftliche Boykott der britischen Beamten eines der wirksamsten Mittel in den Händen des indischen Volkes darstelle. Die Nichtzahlung der Landabgabe und die Durchführung eines wirtschaftlichen Boykotts seien weitere wirksame Kampfmittel, und er wünsche, die Regierung auf allen Fronten zu bekämpfen. Die britische Verwaltung dürfe nirgend in Ruhe gelassen werden. Er wünsche weder für sich selbst, noch für seine Feined Frieden. Solange das indische Volk sich nicht dazu entschliesst, die britische Verwaltung überall zu behindern, verschwende es seine Zeit unnötig. Diesmal müsse die Freiheit für das indische Volk unbedingt erreicht werden.

Nach einer Meldung aus Surat wird jezt der Marsch nach dem Salzdepot in Dharasaha verbreitet. An dem Marsch wird sich Gandhis Sohn Manilal beteiligen. Die Führung liegt in den Händen des Nachfolgers Gandhis, des früheren Richters Abbas Tyahji, der eine grosse Anhängerschar aus verschiedenen Teilen des Landes nach Dharasaha bringen wird.

London, 12. Mai.

Die Verchärfung des wirtschaftlichen Boykotts in Indien hat in der Baumwollindustrie von Lancashire grosse Beunruhigung hervorgerufen. Bereits in der letztenWoche war ein starker Rückgang im indischen Geschäft zu verzeichnen. Dieser Rückgang hat sich nun so vergrössert, dass in den letzten Tagen eine grosse Anzahl von Spinnereien auf unbestimmte Zeit schliessen musste. Tausende von Arbeitern sind entweder bereits entlassen oder gekündigt worden. An der Börse von Manchester machen sich Stimmen laut, die eine schärfere Haltung der Regierung gegenüber den führenden Persönlichkeiten der Boykottbewegung verlangen.

Auch die japanische Textilindustrie zeigt sich nach Berichten aus Osaka über die indische Boykottbewegung beunruhigt. Die Seidenfirmen in Yokohama haben Streichungen von ziemlich umfangreichen Kaufmengen zu verzeichnen.

Die indische Armee.

Die Nachricht, daß bei den jüngsten blutigen Straßenkrawallen in Peschawar, an dem strategisch wichtigsten Punkte Nordwestindiens, zwei Abteilungen eines sehr vornehmen Regiments sich als unzuverlässig erwiesen haben, hat in England große Bestürzung hervorgerufen. Die indische Armee, die ja zum überwiegenden Teil aus Eingeborenen besteht, bildete bisher die zuverlässigste Stütze der englischen Herrschaft in Indien und die überlegene Kunst der englischen Kolonialpolitik verstand es bislang immer wieder, die sich zeitweise erneuernden lokalen Aufstände im Keime zu unterdrücken und die gärenden Volksleidenschaften im Zaume zu halten.Seit derUnterdrückung des großen Sepoyaufstandes um dieMitte des vergangenen Jahrhunderts hat sich die aus den verschiedenen kriegerischen Rassen rekrutierende eingeborene Armee stets treu und verläßlich gezeigt, die indischenRegimenter hielten loyal zu England und kämpften tapfer und aufopferungsvoll, besonders auf den östlichen Kriegsschauplätzen, und der englische Sieg in Mesopotamien und Palästina war in erster Reihe ihrer Ausdauer zu verdanken. Das Regiment, dessen zwei Abteilungen sich jetzt als von der nationalistischen Propaganda angesteckt erwiesen haben, erfreute sich eines besonders guten Rufes. Dieses Regiment, die Gharwalis, rekrutiert sich aus Hindus, die in den hohen Gebirgstälern derNordwestgrenze ansässig sind und seit Menschengedenken das Kriegshandwerk ausüben. Zwei von den zwölf Viktoriakreuzen, der höchsten englischen Auszeichnung im Kriege, sindAngehörigen dieser Elitetruppe verliehen worden.

In England hofft man, dass der bedauerliche Fall vonPeschawar vereinzelt bleiben wird, und dies um so mehr, als die englische Regierung seit jeher vermieden hat, das militärisch recht unbrauchbare Menschenmaterial Südindiens, wo ja die nationalistische Bewegung ihren Herd hat, in die Armee einzustellen. Das indische Militär besteht fast ausschließlich aus Söhnen derNord- und Nordwestprovinzen, aus Ghurkas, Sikhs, Mohammedanern. Von den 416 Infanteriekompagnien und 63 Eskadronen rekrutiert sich die Hälfte aus dem Pundschab und den Nordwestprovinzen, ein Viertel aus dem Himalajagebiet und bloß das restliche Viertel aus dem ganzen übrigen Indien. Die Gesamtstärke dieses Heeres ist auffallend gering und die bewaffnete Kraft, auf die sich die englische Herrschaft stützt, beläuft sich auf 140.000 Eingeborene und 57.000 englische Soldaten.

Zum Luftpostverkehr mit Deutschland.

Anlässlich der Eröffnung der Luftpostlinie zwischen Deutschland und der Türkei fand zwischen dem Türkischen Generalpostdirektor und dem Deutschen Reichspostminister ein Austausch von Glückwunschtelegrammen statt. Die Linie ist bisher nur zwischen Konstantinopel und Wien in Betrieb genommen, da noch technische Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei und Ungarn vorliegen sollen, die aber, wie wir hören, demnächst überwunden sein werden.

Bevorstehende Rekonstruktion des rumänischen Kabinetts.

Bukarest, 12. Mai

Durch die Ernennung des Ministers für öffentliche Arbeiten Pan Halipa zum Rigionaldirektor von Bessarabien und des Unterstaatssekretärs im Unterrichtsministerium Moldovanu zum Regionaldirektor von Siebenbürgen ist die Frage derUmbildung derRegierung neuerdings aktuell geworden. In unterrichteten Kreisen nimmt man den Wiedereintritt des gewesenenUnterstaatssekretärs Joanitescu als gewiß an.Demgegenüber fordern siebenbürgische Abgeordnete der Mehrheitspartei den Eintritt des gewesenen Finanzministers Popovici in das KabinettManiu,was möglicherweise zu Schwierigkeiten führen wird, da der bessarabische Flügel der Mehrheitspartei sich dem Wiedereintritt Popovicis widersetzt.

Berenguer über Spanien.

Madrid, 12. Mai

General Berenguer äußerte sich der Presse gegenüber, daß der Großteil der spanischen Nation monarchistisch bleibe. Er glaube nicht an die Möglichkeit einer spanischen Republik.

Die spanischen Universitäten.

Madrid, 12. Mai

Die kürzlich wegen den Studentenunruhen strafweise geschlossenen spanischen Universitäten sind heute sämtlich wieder geöffnet worden.

Vor der Genfer Tagung.

Genf, 12. Mai

Der deutsche ReichsaußenministerCurtius, der französischeAußenminister Briand und der polnischeAußenminister Zalesky sind in Genf angekommen.

Die nächste Konferenz der Kleinen Entente.

Prag, 12. Mai.

Nach einer Mitteilung der halbamtlichen Prager Presse wird die Konferenz der Aussenminister der Kleinen Entente in dem slowakischen Badeort Stubnya vom 16. bis 20. Juni stattfinden. Gleichzeitig wird auch die Kleine Presseentente tagen.

Deutsche Chemiker in Moskau.

Moskau, 12. Mai.

Auf Einladung der Bundesvereinigung der Chemischen Industrie sind in Moskau Prof. Pappenberg von der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Ingenieur F. Ude, Dr. Weichsel und mehrere andere deutsche Chemiker eingetroffen. Die deutschen Fachleute sollen das Bauprojekt des chemischen Kombinats im Bezirk des Wasserkraftwerks „Dnjeprostroj" begutachten.

Polnische Ueberfälle auf deutsche Wahlversammlungen.

Kattowitz, 11. Mai

Zum ersten Mal seit den Abstimmungstagen hat die deutsche Wahlgemeinschaft jetzt bei den Wahlvorbereitungen zum schlesischen Sejm versucht, öffentliche Versammlungen abzuhalten, in denen die Kandidaten sprechen sollten.Nachdem einige solche Versammlungen ungestört verlaufen waren, ist es am Montag in Laurahütte und am Dienstag in Kattowitz zu schwerenAusschreitungen der polnischen Aufständischen gegen die deutschen Wahlversammlungen gekommen. In Laurahütte, wo Ulitz und Schmidel sprechen sollten, griffen die Aufständischen mit Stühlen den Vorstandstisch an und da die polnischen Polizeibeamten sich passiv verhielten, so entstand eine allgemeine Panik, sodaß die Versammlung sich auflöste. In den Kattowitzer Reichshallen, wo Senator Pant sprechen sollte, war der Terror der Aufständischen noch stärker. Sie drangen mit den Rufen „Hinaus mit den Deutschen, fort mit ihnen nach Berlin!" in den Saal und da auch hier die Polizei nicht eingriff, so mußte die Fortsetzung der Versammlung aufgegeben werden. Die deutschen Kandidaten hatten somit keine Möglichkeit, vor den Wahlen vor ihren Wählern zu sprechen, wie die polnischen Kandidaten dies haben tun können.

Die Deutsche Pädagogische Auslandsstelle.

Mit Zustimmung und Förderung der maßgebenden Ministerien ist vor kurzem die Deutsche Pädagogische Auslandsstelle ins Leben gerufen worden. Sie soll für jede Art von pädagogischem Austausch zwischen Deutschland und dem Ausland einen Mittelpunkt bilden, alle nicht-amtlichen Einrichtungen und Bestrebungen, die diesem Zweck dienen, unter einheitlichen Gesichtspunkten zusammenfassen und dem Ausland gegenüber als deutsche Zentralstelle für die Arbeit auf diesem Gebiet dienen. Auch die amtlichen deutschen Stellen werden sich ihre Arbeit und ihre Erfahrungen zunutze machen.

Die Deutsche Pädagogische Auslandsstelle hat demnach den Zweck, dieBeziehungen zwischen Deutschland und dem Ausland auf pädagogischem Gebiet zusammenfassend zu beobachten, zu fördern und zu vertiefen. Diesen Zweck sucht sie zu erreichen 1. durch Auskunftserteilung an nicht-amtliche Stellen im Ausland über Fragen des deutschenBildungswesens ausschließlich des Hochschulwesens, und über die pädagogische Bewegung in Deutschland; 2. durch Sammlung von Material über das ausländische Bildungswesen und Erteilung von Auskunft darüber; 3. durch Mitwirkung bei der Veranstaltung und Beschickung von internationalen pädagogischen Tagungen; 4. durch beratende und fördernde Mitwirkung beim Austausch von Lehrern mit dem Ausland, bei Studienreisen deutscher Lehrer ins Ausland und beimStudium des deutschen Schulwesens durch Ausländer; 5. durch beratende und fördernde Mitwirkung bei der Pflege der Beziehungen zwischen deutscher und ausländischer Jugend, beim Austausch von Schülern mit dem Ausland und bei der Augestaltung des internationalen Schülerbriefwechsels.

Die Geschäftsräume der Deutschen Pädagogischen Auslandsstelle befinden sich in Berlin W 57, Kurfürstenstraße 155. Telephon: 2354.

Die Räumung von Trier.

Paris, 12. Mai

Nach einer Meldung aus Trier soll der Abmarsch der französischen Truppen von dort am 23. Juni beginnen.

Prag, 12. Mai

Nach einer in parlamentarischenKreisen verbreiteten Nachricht wird sich die am Csorbasee zusammentretendeKonferenz der Kleinen Entente auch mit dem Plan Loecheurs inBezug auf eine mitteluropäische Wirtschaftsunion befassen. In Kreisen der KleinenEntente versucht man, auch Polen der Konzeption dieses Dreistaatenbundes zu gewinnen, die im Rahmen einerWirtschaftsunion der mitteleuropäischen und derBalkanvölker die Führerrolle der Staaten der Kleinen Entente und die slawische Suprematie sicherstellen möchte.

Das englische Arbeitslosenproblem.

Webbs „Beschäftigungsschema" im Vordergrund.

Von Dr. Klaus Spitta.

Seit dem im Jahre 1910 von Lloyd George vertretenen Bodenbesteuerungsbudget ist noch kein Haushaltsplan in ganz England mit so grosserSpannung und Sorge erwartet worden als gerade der kurz vor Ostern dieses Jahres von Snowden im Unterhaus zur Beratung gestellte. „Das neue Budget!" gellte schon der Ruf flinker Zeitungsjungen durch die Strassen Londons, nachdem Snowden, dieser populärste englische Finanzminister der Nachkriegszeit, kaum seine Vorlage vor dem sehr beifallsfreudigen Unterhaus verteidigt hatte. Dieses Budget ist jedenfalls alles andere als sozialistisch und mutet als ein Werk der Labourregierung sogar reichlich liberal an. Es weist bekanntlich eine Unterbilanz von 42 Millionen Pfund Sterling auf und berechtigt zu keinerlei wirtschaftlichem Optimismus. Durch Erhöhung der Einkommen-, Erbschafts- und Oelsteuer hofft die Regierung zum Teil dieses Loch im neuen Haushalt stopfen zu können, doch herrscht in Downing Street darüber Klarheit, dass an eine Sanierung der Finanzen wie überhaupt der Gesamtwirtschaft des Landes ohne eine den gegenwärtigen VerhältnissenRechnung tragende Lösung des Arbeitslosenproblems in absehbarer Zeit nicht gedacht werden kann.

„Wie können wir anderthalb Millionen erwerbslose Männer und Frauen unterhalten sowie noch weit mehr, die nicht voll beschäftigt werden, und wie können wir dennoch die Hoffnung hegen, volle Taschen zu haben, aus denen wir die Ansprüche des Schatzamts im erforderlichen Masse befriedigen?" stellte kürzlich „The New Statesman" in einem Artikel, betitelt „Mr. Snowden's Problem", die Kardinalfrage an das Kabinett Macdonald. Es ist schon so, dass heute derVerlust, den die englische Wirtschaft durch die Millionenbeträge, die ihr für die Erwerbslosenunterstützung laufend entzogen werden, in finanziellerHinsicht kaum hoch genug bewertet werden kann. Wie bei uns erhebt daneben auch in England die Gefahr der Demoralisation von Millionen arbeitswilliger aber erwerbsloser Menschen immer drohender ihr Haupt, und wie bei uns arbeiten auch in England die besten Köpfe des Landes, Politiker, Wirtschaftler, Gelehrte, an der schwierigen Aufgabe, dieser Gefahr endlich Herr zu werden. Denn an die Wundermär, das Kabinett Macdonald werde alsVertreter der Labour-Party und damit der werktätigen Massen durch einige praktische Massnahmen die leidige Arbeitslosigkeit im Lande auf ein erträgliches Mass zurückführen, wenn nicht gar ganz beseitigen, glaubt heute kein einziger Erwerbsloser in England mehr. Nicht einmal im Lager der Labourleute wagt man gegenwärtig diese Auffassung angesichts der ständig anschwellenden Arbeitslosenziffer mehr öffentlich zu vertreten. In den Köpfen der intellektuellen Sozialisten Englands spuken dagegen nach wie vor reichlich idealistische Vorstellungen von einer methodischen Lösung des Arbeitslosenproblems. Persönlichkeiten wie Bernard Shaw, Lord und Lady Passfield,Sidney Webb u. a. kennzeichnen diese Richtung zur Genüge. Man hat es in diesen Kreisen sogar verstanden, das einst berüchtigte „Beschäftigungsschema" von Webb zeitgemäss frisiert in den Vordergrund des sozialen Interesses zu schieben. Schon im Jahre 1906, als in England noch niemand an eine sozialistische Regierung im Lande dachte, entwarfen „The Webbs" ein Schema für die Beschäftigung Arbeitsloser in der klaren Erkenntnis, dass dereinst die Erwerbslosigkeit das brennendste Problem eines so hoch entwickelten Industriestaates wie England werden würde. Und nun hat es den Anschein, als ob auch die Regierung entschlossen